



**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/4566**

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Bildungsausschuss
z. Hdn. Ausschussgeschäftsführer Herr Ole Schmidt
Postfach 7121
24171 Kiel

24.08.2009

Tel. 040 - 428 38 21 44 Fax 040 - 428 38 21 12
E-Mail: grammes@erzwiss.uni-hamburg.de

Stellungnahme zur Zukunft der Landeszentrale für politische Bildung
Ihre Nachricht vom 13. Juli 2009

Nach aller organisationspraktischen Erfahrung kann man eine institutionell-organisatorische Zuordnung – salopp formuliert – immer „so oder so“ machen. Es kommt jeweils stärker auf die beteiligten Personen an, die konkret miteinander kooperieren und mit der getroffenen Lösung positiv wirken können.

Wichtig ist daher zunächst ein positives Umfeld, eine für politische Bildung freundliche und aufgeschlossene „Kultur“, in das eine Landeszentrale für politische Bildung eingebettet ist. Mit anderen Worten: eine Landeszentrale für politische Bildung macht wenig Sinn, wenn sie als fünftes Rad am Wagen und personelles Reservoir für Einsparungsrunden betrachtet wird. Ebenso kann eine Landeszentrale nicht erfolgreich arbeiten, wenn sie als Spielball für parteitaktische Erwägungen missbraucht wird. Ist die Rede von „unserem Mann/unserer Frau in der Landeszentrale“, ist die Reputation einer professionellen politischen Bildungsarbeit schon gefährdet. Die inhaltliche Arbeit der Zentralen vollzieht sich unabhängig und ohne Weisungen. Das ist ein entscheidendes Element für die Akzeptanz ihrer Arbeit. (Münchner Manifest)

Das Plenarprotokoll der 116. Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom 19.6.2009 zeigt aber in den Redebeiträgen, dass diese Befürchtungen für die anstehenden Entscheidungen im Land keine Rolle zu spielen scheinen. Das ist sehr erfreulich!

So wie eine bei der Exekutive angesiedelte Landeszentrale selbstverständlich gute Kontakte zur Legislative unterhalten wird, wird eine bei der Legislative angesiedelte Landeszentrale umgekehrt ebenso selbstverständliche und gute Kontakte zur Exekutive haben. Die Vernetzung einer Landeszentrale ist auf dieser grundsätzlichen Ebene unabhängig von ihrer Lozierung. Eine gute Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen und den anderen Trägern politischer Bildung im Land gehört zu den Kernaufgaben. Wichtig ist eine gute Präsenz in der Fläche, ein Wirken in die Region hinein („Landeszentrale vor Ort“).

Bislang werden unter den 15 Landeszentralen für politische Bildung unterschiedliche Lösungen gewählt:

- direkte Anbindung an die Staatskanzlei

- beim Bildungsministerium bzw. in einem Fall beim Familien- und Gesundheitsministerium.

Die bislang nicht korrigierte Entscheidung des Landes Niedersachsen, die Landeszentrale für politische Bildung abzuschaffen, hat zu einem anhaltenden überregionalen Imageschaden geführt.

Im folgenden Argumente für eine innovative Anbindung beim Landtag:

Ein starkes Argument im Sinne der eingangs angesprochenen freundlichen Kultur ist, dass die Plenardebatte des Landtages gezeigt hat, dass überparteilich eine Anbindung an den Landtag zumindest als interessant eingeschätzt wird.

Eine Lozierung beim Landtag signalisiert den Bürgerinnen und Bürgern von vornherein stärker einerseits eine Nähe zur Diskussion der anstehenden aktuellen Probleme („am Puls der Debatten“), andererseits eine strukturelle Überparteilichkeit.

Die räumliche Umsetzung einer geänderten Lozierung wäre zu erläutern: Soll der – erfolgreiche? – Laden in der Innenstadt erhalten bleiben. Stehen ausreichend Räume für Mitarbeiter und attraktive Räume für Bildungsveranstaltungen im Landtag zur Verfügung? Die Attraktivität der Räume politischer Bildung ist ein wichtiger Aspekt! Insbesondere wenn die Landeszentrale für Eigenveranstaltungen auf „authentische“ Räume zurückgreifen könnte.

Die Lozierung beim Landtag darf aber über die Jahre nicht zu einem „Abwicklungsmodell“ durch Eingliederung in die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit des Landtages werden. Ebenso muss das Verhältnis zum Besucherdienst geklärt werden.

In den 1990er Jahren hat es Projekte des Landtages in Zusammenarbeit mit der Professur für Didaktik der Politik an der CAU gegeben, die auf die Entwicklung einer Parlamentspädagogik zielten. Die Leitung der Projekte lag bei Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli, jetzt Universität Koblenz-Landau, und Manfred Wissel. Es könnte empfehlenswert sein, die damals akkumulierte Expertise zu reaktivieren.

Unbedingt geboten ist die Vernetzung mit den Landesuniversitäten, den sozialwissenschaftlichen Fachbereichen und insbesondere den Professuren für die Fachdidaktik „Politik und Wirtschaft“. Die Situation für einen Neuanfang ist auch hier insofern günstig, als die Juniorprofessur für Wirtschaft und Politik an der Christian-Albrechts-Universität gerade vor dem Abschluss der Neubesetzung steht (Nachfolge Prof. Dr. Klaus Kruber, dessen Expertise ebenfalls einzuholen wäre). Auch die beiden politikwissenschaftlichen Eckprofessuren sind nach Jahren der durch parteipolitischen Streit lahmgelagerten Agonie gerade anspruchsvoll neu besetzt worden und die Institute neu ausgerichtet.

Die Anknüpfungspunkte an der Universität Flensburg und den Fachhochschulen wären zu erkunden.

Eine Schlüsselrolle kommt dem Auswahlverfahren für die neu zu besetzende Position der Direktorin/des Direktors der Landeszentrale zu. Bundesweit hört man seit Jahrzehnten leider immer wieder, dass es sich hier um einen beliebten sog. „Versorgungs- und

Verschiebeposten“ handle. Es ist deshalb unbedingt zu einem transparenten und bundesweiten Ausschreibungsverfahren zu raten mit gründlichen Anhörungen, Konzeptpapieren unter Einbeziehung externer Gutachter und Gutachterinnen – über Kuratorium und Planungs- und Steuerungsausschuss hinaus. In der Personalentwicklung und Themensetzung verstehen sich Gender Mainstreaming und Diversity Management für die vorbildliche Arbeit einer Landeszentrale von selbst.

Vorstellungen zur Struktur der Landeszentrale für politische Bildung, die die konkrete inhaltliche Arbeit betreffen, kann ich an dieser Stelle nicht machen. Dies setzt interne Sachkenntnis voraus. In jedem Fall ist zu empfehlen, nicht „im eigenen Saft zu schmoren“ sondern Expertise insbesondere der im allgemeinen Urteil renommiertesten und erfolgreichsten Landeszentralen im Bundesgebiet einzuholen. Dazu zählen seit Jahren die Arbeit der Landeszentrale Baden-Württemberg mit einem vorbildlichen Leitbild und gerade in jüngster Zeit die Landeszentrale für politische Bildung in Bayern mit einem die Kräfte im Land bündelnden Vernetzungsportal online. Auch die Expertise der Bundeszentrale für politische Bildung sollte selbstverständlich begleitend herangezogen werden.

Der landespolitische Ehrgeiz, bei der Entwicklung von Materialien „das Rad neu zu erfinden“, um bei jedem Thema „etwas Eigenes“ vorweisen zu können, ist zwar verständlich, muss aber nicht in jedem Fall sinnvoll sein. Ein willkürlich herausgegriffenes Beispiel von der Webseite der Landeszentrale sind die online-Materialien zur Europäischen Kommission („Klartext Europa“). Die Texte können kaum mit vorliegenden Materialien mit gleicher Zielsetzung mithalten. Die genuine Aufgabe der Landeszentrale, der regionalspezifische Bezug – also europapolitische Initiativen und Auswirkungen im Land, die Vernetzung von Europa- und Landes- und Kommunalpolitik – wird gar nicht thematisiert. Hier ist es sinnvoller, arbeitsteilig vorzugehen und Synergien zu nutzen, und mit best practice europäischer Einrichtungen bzw. der Bundeszentrale für politische Bildung und anderer Landeszentralen und Trägern politischer Bildung zu verlinken.

Basis für alle anstehenden konzeptionellen Entscheidungen sollte immer das Münchener Manifests zur politischen Bildung sein: „Die Arbeit der Zentralen für politische Bildung trägt dazu bei, komplexe Zusammenhänge besser zu verstehen und verschiedene Lösungsansätze kritisch zu diskutieren ... Ihnen kommt darüber hinaus die Aufgabe zu, ggf. auch unpopuläre Themen zu besetzen und in die politische Bildung einzubringen ... Die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung erbringen auf dem dargestellten Hintergrund Leistungen, die von keiner anderen Einrichtung übernommen werden können ... Die aufgrund der jeweiligen Gesetze bzw. Erlasse überparteilich arbeitenden Zentralen bieten das ideale Forum, um alle demokratischen Kräfte zusammenzuführen. Sie erreichen auch Menschen, die dem mitverantwortlichen Handeln in Parteien und anderen gesellschaftlichen Organisationen zurückhaltend gegenüberstehen ... Die Arbeit der Bundeszentrale und der Landeszentralen ergänzen sich optimal. Bei der föderalen Struktur ist es möglich, auf die Bedürfnisse der Menschen auch in ihrem heimatlichen Bereich einzugehen und so die Arbeit den jeweiligen Gegebenheiten der verschiedenen Bundesländer anzupassen.“

Eine Anbindung an das Zentrum der Legislative, den Landtag, ist bundesweit bislang nicht gewählt worden. Da die Arbeit der Landeszentralen sich bundesweit ergänzen soll, wäre dies durchaus ein Argument für eine solche innovative Lösung im bundesweiten „Konzert“ der Landeszentralen. Schleswig-Holstein könnte sich hier auch überregional mit einem eigenständigen Profil hervorheben. Ich empfehle daher, die Anbindung an den Landtag zu erproben.

Die gewählte Lozierung der Landeszentrale sollte mit einer Erprobungsklausel versehen werden, um Erfahrungen mit der getroffenen Entscheidung zu sammeln und diese nach einigen Jahren gffs. revidieren zu können.

In diesem Sinne wünsche ich dem Land eine glückliche und mutige Entscheidung!

A handwritten signature in black ink, reading "Tilman Grammes". The signature is written in a cursive style with a long, sweeping tail on the final letter.

Tilman Grammes